

Auf nach Hoffenheim



Blick auf den Sinsheimer Stadtteil Hoffenheim. Die TSG 1899 Hoffenheim spielt nach rasantem Aufstieg seit 2008 in der Fußball-Bundesliga.

FOTO: DPA

Bremen. In den idyllischen Hügeln des Kraichgau weit im Süden Deutschlands liegt Hoffenheim, das zur Stadt Sinsheim

gehört. Dort ist die Turn- und Sportgemeinschaft 1899 Hoffenheim zu Hause, die heute den SV Werder Bremen emp-

fängt. Die Grünweißen sind aktuell die schlechteste Auswärtsmannschaft der Liga, aber sie spielen auf Sieg. „Ich hoffe,

wir treten mit breiter Brust, aber nicht mit der Nase hoch auf“, sagte Trainer Viktor Skripnik vor dem Abflug. **Bericht Seite 21**



Bürgerschaft lässt Bestuhlung prüfen

Bremen (wig). Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hat sich gestern mit dem geplanten Kauf neuer Abgeordneten-Stühle für den Plenarsaal befasst. Demnach soll nun auch geprüft werden, ob statt der umstrittenen Neuanschaffung zum Preis von rund einer Viertel Million Euro eine Renovierung der vorhandenen Sitzgelegenheiten möglich und wirtschaftlich sinnvoll sei. Im Parlamentsvorstand, in dem alle Bürgerschaftsfraktionen vertreten sind, gab es gestern offenbar Einigkeit, dass das Verfahren, bei dem der wirtschaftlichste Weg ermittelt werden soll, an die städtische Immobilien Bremen übergeben wird. Diese zentrale Beschaffungsstelle für den öffentlichen Dienst verfüge über viel Erfahrung. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7**

Mehr Geld für Bildung

Bremen (mlu). Bremen steckt in diesem Jahr knapp 17 Millionen Euro zusätzlich in seine Schulen und Hochschulen. Das hat der Senat gestern beschlossen. Dabei handelt es sich um die sogenannten BAföG-Millionen. Sie wurden dadurch frei, dass der Bund die Kosten für die Ausbildungsbeihilfe künftig komplett übernimmt. Dadurch spart Bremen eben diesen Millionenbetrag, der nun komplett in die Bereiche Bildung und Wissenschaft fließen soll. Aufgestockt werden soll damit unter anderem die Grundfinanzierung der Hochschulen. Im Bildungsbereich soll es unter anderem mehr Geld für Vertretungslehrer geben, die bei Schwangerschaften einspringen. **Bericht Seite 9**

Neue Debatte um Mindestlohn

Studie: Schwarzarbeit nimmt zu

Bremen (bem). Der seit Januar geltende Mindestlohn erhöht die Schattenwirtschaft in Deutschland einer Studie zufolge in diesem Jahr um 1,5 Milliarden Euro – und verhindert so erstmals seit Jahren einen weiteren Rückgang von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt bleibt daher unverändert bei 12,2 Prozent, wie aus einer gestern veröffentlichten Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung und der Universität Linz hervorgeht.

In Politik, Wirtschaft und bei Gewerkschaften sorgt der Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Schattenwirtschaft derzeit für Kopfschütteln. „Da der Mindestlohn erst seit Januar 2015 greift, lässt sich noch keine Aussage machen“, heißt es aus dem Bremer Finanzressort. Tatsächlich dürfte nach Schätzung der Experten nur ein kleiner Teil des Mindestlohns durch Schwarzarbeit umgangen werden. Denn die notwendigen Lohnsteigerungen in den dafür typischen Branchen liegen laut den Fachleuten bei etwa sieben Milliarden Euro. Der erwartete Anstieg der Schattenwirtschaft von 1,5 Milliarden Euro durch den Mindestlohn ist wesentlich geringer. **Kommentar Seite 2-Berichte Seiten 3 und 15**

Bremen will Problemflüchtlinge wegsperren

Geschlossene Unterbringung: Senat reagiert auf Gewalt gegen Polizisten / Böhrens macht Behörden Druck

Bremens Bürgermeister Jens Böhrens will minderjährige Flüchtlinge, die wiederholt straffällig werden, in einer geschlossenen Einrichtung unterbringen lassen. Nachdem es am Wochenende erneut zu Vorfällen mit Jugendlichen aus Nordafrika gekommen war, hat der Senat gestern mehrere Behörden beauftragt, bis Dienstag ein Konzept vorzulegen. Derzeit wird geprüft, ob ein Gebäude bei der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen genutzt werden kann.

VON CHRISTIAN WETH

Bremen. Geschlossene Einrichtungen für minderjährige Flüchtlinge, die wiederholt straffällig werden, galten in Bremen lange als verpönt. Vor allem die Sozialbehörde hat immer wieder darauf hingewiesen, dass solche Unterkünfte nicht zur Lösung der Probleme beigetragen hätten. Seit gestern muss Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) nun aber mithelfen, dass es in Bremen eine geschlossene Einrichtung gibt. Bürgermeister Jens Böhrens (SPD) hat sowohl ihr Ressort als auch die Innen-, Justiz- und Gesundheitsbehörde aufgefordert, bis

Dienstag einen Plan vorzulegen, der kurzfristig umgesetzt werden soll. Seine Ankündigung hat bei den Freien Trägern der Jugendhilfe unterdessen für Protest gesorgt. Sie lehnen ein Wegsperren ab.

Laut Senatssprecher Hermann Kleen wolle Böhrens nicht noch mehr Zeit verstreichen lassen, bis etwas geschehe. Solche Vorfälle wie jetzt am Wochenende dürften sich nicht wiederholen: Im Steintor und in Bremen-Nord hatten minderjährige Nordafrikaner Polizisten attackiert. Die Beamten wurden geschlagen, getreten und gebissen. Kurz zuvor hatte Polizeipräsident Lutz Müller in einem Interview des WESER-KURIER die Unterbringung von Flüchtlingen, die abermals straffällig werden, in geschlossenen Einrichtungen gefordert, genauso wie CDU und Bürger in Wut.

Wo eine geschlossene Unterbringung möglich werden könnte, wird bereits von Justizstaatsrat Matthias Stauch geprüft. Nach Angaben von Senatssprecher Kleen kommt eines der sogenannten Freigänger-

häuser bei der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen in Betracht. Kleen schließt nicht aus, dass das Gebäude noch in der kommenden Woche für straffällige Flüchtlinge zur Verfügung steht. Wie viel eine geschlossene Einrichtung für straffällige Flüchtlinge kosten wird, sei derzeit noch ungewiss. Klar sei aber, dass in dem Freigängerhaus rund 30 Personen untergebracht werden könnten.



Bürgermeister Jens Böhrens FOTO: DPA

Das ist ungefähr die Zahl an unbegleiteten und minderjährigen Flüchtlingen, die bei der Polizei auf einer speziellen Liste stehen. „Wir erfassen, welche der Jugendlichen durch Straftaten wiederholt aufgefallen sind“, erklärt Sprecher Dirk Siemering. Auch die Delikte werden zugeordnet. Laut Siemering geht es um Körperverletzung genauso wie um Raub, Drogenmissbrauch, Diebstahl und Erpressung.

Ihm zufolge sind nicht mehr alle jugendlichen Flüchtlinge, die auffällig geworden sind, in Bremen. Drei seien mittlerweile in anderen Bundesländern, wo versucht werde, sie in gesonderten Einrichtungen zu be-

treuen. „Haft verschonende Maßnahme“ nennt Siemering das. Weitere sieben befänden sich in Untersuchungshaft, darunter auch die beiden Jugendlichen, die laut Polizei in einer Flüchtlingsunterkunft in Bremen-Nord erst versucht hatten, eine Geldkassette zu stehlen, dann Einsatzkräfte angriffen. Gegen sie ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.

Trotz des Zwischenfalls soll nach Auskunft der Sozial- und der Innenbehörde weiter an der Einrichtung in Bremen-Nord festgehalten werden. Das dortige Projekt speziell für straffällige Flüchtlinge werde keineswegs als gescheitert betrachtet, auch wenn Initiator Lothar Kannenberg die beiden verhafteten Jugendlichen nicht mehr in Reklam aufnehmen wolle. Kannenberg fordert eine weitere Einrichtung wie die in Bremen-Nord, in der die beiden Flüchtlinge betreut werden sollen: „Jeder verdient eine zweite Chance.“

Kommentar Seite 2-Interview Seite 11

Ein Dossier zum Thema Problemflüchtlinge finden Sie, wenn Sie das Bild mit der Live-App scannen.

IS verbrennt jordanischen Piloten

Amman-Washington. In ihrer bislang grausamsten Videobotschaft hat die Terrormiliz Islamischer (IS) Staat den Tod des jordanischen Piloten Muas al-Kasasba verkündet. In dem im Internet verbreiteten rund 22-minütigen Film wird ein Mann, der wie Al-Kasasba aussieht, in einem Eisenkäfig bei lebendigem Leib verbrannt. Das US-Außenministerium teilte mit, die Echtheit des Videos werde geprüft. Bis zuletzt hatte die jordanische Regierung nach einer Lösung gesucht – und sogar erwogen, einem Gefange-



Muas al-Kasasba FOTO: AFP

nen austausch zuzustimmen. Doch offensichtlich waren die Verhandlungen eine Farce: Dem jordanischen Staatsfernsehen zufolge soll der Pilot bereits vor einem Monat umgebracht worden sein. Das jordanische Militär schwor Rache. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen will Jordanien die inhaftierte irakische Dschihadistin Sadschida al-Rischawi exekutieren.

Al-Kasasba war am 24. Dezember über dem nordsyrischen Al-Rakka abgestürzt und von den IS-Dschihadisten gefangen genommen worden.

Vorerst keine US-Waffen an Kiew

Berlin-Washington. In der Diskussion über US-Waffenlieferungen an die Ukraine drängt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf eine diplomatische Lösung des blutigen Konflikts. Auch wenn es lange dauere und viele Bemühungen erfolglos seien, „auf diplomatische Lösungen zu setzen ist, glaube ich, das Gebot der Stunde“, sagte Merkel gestern in Berlin. Deutschland werde die Ukraine nicht mit Waffen unterstützen.

In Washington wies Präsidentenberater Ben Rhodes Berichte zurück, wonach die USA Waffenlieferungen erwägen. Die US-Regierung werde „in naher Zukunft“ kein Kriegsgeschütz an die Ukraine für den Kampf gegen prorussische Separatisten in das

Konfliktgebiet Donbass schicken, sagte Rhodes. Präsident Barack Obama habe angewiesen, laufend „alle Optionen“ zu prüfen. Washington ziehe aber eine friedliche Deeskalation der Krise vor.

Merkel betonte, sollte sich die Lage verschlechtern, könne es aber neue Strafmaßnahmen gegen Russland geben. Es wird erwartet, dass Merkel bei einem USA-Besuch in der kommenden Woche mit Obama über den Ukraine-Konflikt sprechen wird. Auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz an diesem Wochenende wird die Ukraine ein wichtiges Thema sein. Dort werden die Außenminister der USA und Russlands erwartet. **Standpunkt Seite 2**

INHALT

Familienanzeigen	25
Fernsehen	28
Immobilienmarkt	18
Lesermeinung	5
Rätsel & Roman	27
Tipps & Termine	10

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Pastor entschuldigt sich

Bremen. Der umstrittene Bremer Pastor Olaf Latzel hat sich für Teile seiner Predigt entschuldigt, mit der er andere Religionen beleidigt hatte. Auch die evangelische Kirche in Bremen bat gestern in einer Mitteilung um Verzeihung. Mit der Predigt hatte der Geistliche für Entrüstung gesorgt. Latzel hatte unter anderem das islamische Zuckerfest als „Blödsinn“ bezeichnet. Die Landeskirche distanzierte sich. **Seite 11**



FOTO: DPA

SPORT

Fenninger holt Gold im Super-G

Beaver Creek. Viktoria Rebensburg hat ihre erste Medaille bei alpinen Ski-Weltmeisterschaften verpasst. Sie kam gestern zum WM-Auftakt im amerikanischen Beaver Creek beim Super-G auf Rang fünf. Gold ging an die Österreicherin Anna Fenninger. Die Silbermedaille sicherte sich Tina Maze aus Slowenien. Bronze holte Lindsey Vonn aus den USA. **Seite 22**

FUSSBALL AKTUELL

Bayern München – Schalke 04	1:1
Bor. M'gladbach – SC Freiburg	1:0
Eintr. Frankfurt – VfL Wolfsburg	1:1
Hannover 96 – FSV Mainz 05	1:1

NORDEUTSCHLAND

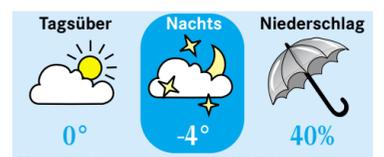
Scorpions erhalten Staatspreis

Hannover. Die Mitglieder der Rockband Scorpions haben den Niedersächsischen Staatspreis erhalten. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zeichnete Klaus Meine (Foto), Rudolf Schenker und Matthias Jabs gestern in Hannover aus. Auch die Leiterin des Mädchenchores Hannover, Gudrun Schrófel, wurde geehrt. Der Preis ist mit insgesamt 35000 Euro dotiert. Altkanzler Gerhard Schröder hielt die Laudatio. **Seite 14**



FOTO: DPA

WETTER



Etwas Sonne, örtlich Schnee
Zwischen einem Tief über der Ostsee und einem Tief über dem Balkan gelangt kalte Luft nach Mitteleuropa.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell